

Zur Situation der Universität

Antrittsrede
von Professor Dr. R. Wildenmann
bei der offiziellen Rektoratsübergabe

Nutzen höher einzuschätzen als den langfristigen, darf man sich nicht erhoffen, rasche Erfolge der Einsicht zu erzielen. Wir sind da ganz realistisch. Die Fehler der sechziger Jahre zeitigen heute ihre Folgen, die Fehler von heute werden die achtziger Jahre belasten.

Der Stellenwert der universitären Probleme ist groß genug, anlässlich der Rektoratsübergabe eine solche Analyse zu versuchen, frei nach dem Motto „Wir haben für Rom zwar keine Provinzen – lies: Wähler – erobert, wir haben nicht einmal die Kirchen nach Rom gebracht, aber wir haben die bildungspolitischen ‚SpringprozeSSIONen‘ der Bundesrepublik erlebt.“

Rapides Wachstum der Studenten

Beginnen wir mit der Bildungsfrage. Viele Tatsachen sind hinlänglich bekannt. Erinnern wir uns aber einiger dieser Tatsachen:

Nach den kürzlich veröffentlichten Prognosen des Statistischen Landesamtes mit dem bezeichnenden Titel: „Der Schülerberg im zeitlichen Verlauf“ ist in den nächsten Jahren allein in Baden-Württemberg mit jährlichen Neuzugängen von bis zu 35000 Studenten zu rechnen. 1986, so die Hochrechnung, sind es über 40% mehr als heute. Ohne die vielen Studenten aus anderen Ländern der Bundesrepublik, die die Universitäten des Landes bevorzugen, wird also in den nächsten zehn Jahren auf diese Universität eine noch größere Belastung hinzukommen, als sie heute schon gegeben ist. Erst ab 1990 etwa läßt der Ansturm nach. Die heute 30- bis 55jährigen Wissenschaftler werden diese Last zu tragen haben.

Mannheims Universität allein muß nach Aufhebung des Numerus clausus in hier vertretenen Fächern – ermittelt auf der Basis der in Dortmund angemeldeten Studienwünsche von 1976 – mit einem Anstieg auf bis zu 8000 Studenten im Jahre 1977 rechnen; vor allem bei den Betriebs- und Volkswirten und der juristischen Fakultät stehen etwa 1000 weite-

Im Vorwort zu seiner Schrift „Zum ewigen Frieden“ äußert sich Imanuel Kant über das Verhältnis des „Staatsmannes“ zum „Gelehrten“ sinngemäß folgendermaßen: Der Staatsmann blicke auf den Gelehrten herab als auf jemand, den man seine elf Kegel ruhig umwerfen lassen solle. Infolgedessen solle der Staatsmann aber auch nicht gleich Gefahr für den Staat befürchten, wenn dieser Gelehrte sich kritisch zu öffentlichen Dingen äußere.

Eine solche vorsichtige Einschränkung vorab ist wohl angebracht, wenn man hier und heute zur Situation der Universitäten sprechen will. Das „Image“ der Universitäten, insbesondere der Professoren, ist ambivalent; Beifall findet sich leichter für einen Ausdruck pauschaler Mißliebigkeit über die Universität als für den Versuch einer kritischen Lageanalyse.

Indessen darf vom Rektor dieser Universität erwartet werden, daß er nicht hinter dem Berg zurückhält und – der Kürze halber lediglich mit groben Kohlestrichen – wenigstens einige der Probleme in der gebotenen Nüchternheit vorführt. Das soll in zweifacher Hinsicht geschehen: *erstens* in Hinblick auf die Bildungschancen jener jungen Menschen, denen in den vergangenen Jahren große Zukunftsversprechungen gemacht wurden, und denen Chancen vorgezeichnet wurden, deretwegen ihre Familien oft große Einschränkungen auf sich genommen haben, und *zweitens* im Hinblick auf die in den Universitäten angesiedelte wissenschaftliche Forschung und ihr Verhältnis zur außeruniversitären, v. a. der angewandten Forschung.

Dabei darf man hoffen, man sei gegen den Vorwurf gefeit, wir hätten uns den Blick für andere Probleme verbaut und würden diese universitären Anstalten für das Allerwichtigste halten. Introspektion ist uns schon seit langem abhanden gekommen. Zudem sind die Folgen einer falschen Bildungspolitik ohnehin nur mittel- oder gar langfristig spürbar; bei der vorhandenen Tendenz, den kurzfristigen

ten weiter zu differenzieren, um sinnvolle Ausbildungen zu ermöglichen, die zwar keine direkten Berufsversorgungsansprüche begründen, dennoch aber beruflich relevante Kenntnisse vermitteln.

Hier können gerade die geisteswissenschaftlichen Fächer die wichtige Funktion erfüllen, individuell „sinnvolle“ und „bildende“ Studieninhalte in neuer Kombination außerhalb des Zwangs der bisherigen Fächerverbindungen der Staatsexamen anzubieten, die eine Verwertung außerhalb des Lehramts ermöglichen.

Unter diesem Aspekt ist es unverständlich, warum zum Beispiel die Umwidmung der Ausbildungsziele vom Lehramt auf Magisterstudiengänge in dem „Denkmodell“ untersagt werden soll.

Die Universität Mannheim appelliert an die Landesregierung, das Feld nicht sinnlos schematischen Denkmodellen zu überlassen, sondern sich ihrer hohen Verantwortung auf dem Bildungssektor bewußt zu sein.

4. Der Entwurf des Kultusministeriums hält einer genauen Prüfung, ob er überhaupt realisierbar wäre, nicht stand. Eine sofortige Streichung von 42 Stellen ist an der Universität Mannheim ohne Kündigungen nicht durchzuführen. Diese wären arbeitsrechtlich unhaltbar.

Rudolf Wildenmann
Rektor der Universität Mannheim

heimer Fakultäten zu schließen, die sowohl dank ihrer wissenschaftlichen Qualität als auch kraft ihrer sozialen Integrationsfähigkeit die wünschenswerten Ziele einer Universitätsausbildung erfüllen.

Selbst unter dem Gesichtspunkt der Reduzierung von Lehramtskandidaten wäre es besser, mehrere kleinere, aber effiziente Betriebseinheiten zu schaffen, wie es in Mannheim gelungen ist. Die Zusammenfassung der Lehramtsstudiengänge an wenigen Universitäten könnte zu einer Minderung der Ausbildungsqualität führen und würde die Gefahren der politischen Radikalisierung gerade in der heutigen Situation steigern.

3. Die Bildungspolitik der sechziger Jahre bürdet den jungen Menschen, die heute studieren wollen, ein sehr schweres Schicksal auf. Wenn die existentiellen Fragen dieser Generation gelöst werden sollen, so müssen weiträumige Konzepte entwickelt und nicht nur kurzfristige fiskalische Überlegungen angestellt werden. Wenn die Kosten, die zur Erhaltung der Berufschancen dieser Generation aufzuwenden sind, nicht jetzt aufgebracht werden, so steigt die Gefahr eines revolutionsähnlichen Handelns, das nicht wie in den sechziger Jahren ideologischen, sondern praktisch-existentialen Motiven entspringt.

Daher ist die Ausbildungsstruktur der Universitä-

Mannheim, im Dezember 1976

re Studenten bevor. Heute sind es 6500 – die Planziffern der 60er Jahre gingen von allenfalls 5000 aus.

Diese „Hochrechnung“ berücksichtigt noch nicht eine Reihe weiterer Faktoren, so etwa, daß schichtspezifisch nach wie vor große Unterschiede in den Bildungschancen bestehen. Die Chancen der Arbeiterkinder haben in den vergangenen Jahren *absolut* zwar zugenommen, *relativ* sind ihre Chancen, zu einer sekundären Bildung zu kommen, aber nicht gewachsen. Der steigende Zustrom zu Oberschulen und Universitäten kommt nach wie vor aus der Mittel- und Oberschicht. Chancengleichheit ist jedoch ein generelles Motiv der heutigen Gesellschaft, das sich abrupt bemerkbar machen kann, so daß nur schwer abzuschätzen ist, wie sich das gesamte Bildungssystem in den nächsten Jahren noch verändern wird. Der Wunsch zum Abitur hat nicht nachgelassen, und von den Abiturienten sind allenfalls weibliche eher bereit, einen anderen Weg als den zur Hochschule zu suchen. Schließlich ist es nicht unverständlich, daß die Gewerkschaften fordern, jetzt müsse endlich mehr für Arbeiterkinder getan werden; es läßt sich aber voraussehen, daß im Status- und Statuskampf das Argument, man brauche schließlich auch wieder Arbeiter, Handwerker und ähnliche dienstbare Geister, sehr bald schal werden wird – von der sozial-moralischen Ambivalenz des Arguments ganz zu schweigen.

Die statistische Hochrechnung ist also mit einer Reihe imponderabler Faktoren belastet, die einer eingehenden Analyse bedürfen.

Begrenzte oder begrenzt man den Zugang zur ertlären Bildung durch einen scharfen NC, würde und wird sich der Druck sofort nach „unten“ fortsetzen. Die jetzt eröffneten beruflichen Bildungschancen – etwa über die Berufsakademien – können war eine gewisse Entlastung bewirken, aber man müßte schon das vorhandene Status-Denken verändern, um damit die in den nächsten zehn Jahren bestehenden Probleme lösen zu können. Berufsaka-

demien werden sich vielleicht danach auf das Gefüge auswirken. Vor zehn Jahren hätten sie einen größeren Effekt gehabt. Damals hat aber die offizielle Politik durch Status-Anhebung aller Bildungseinrichtungen vieles getan, Differenzierungen abzubauen, nicht auszugestalten.

Die vor 15 Jahren geäußerten Beschwörungen vor einer „Bildungskatastrophe“ haben sich, bei Lichte besehen, als eine der wesentlichen Triebfedern der heutigen Lage erwiesen. Es gibt wenig so zum Nachdenken zwingende Informationen wie die Einstellungssyndrome der heutigen Jugendlichen:

- ihre entvitalisierten Leistungsmotive, die sich zunehmend an Berechtigungen ausrichten,
- ihre melancholische und resignierende Einstellung zu öffentlichen Fragen,
- ihre Ängste, die nach kollektiver Absicherung ihrer individuellen Lebensrisiken verlangen.

Zudem sehen sich die Jüngsten der Generation den heute 25- bis 35jährigen nachgesetzt. Diese halten alle guten Positionen, die zu vergeben sind, auf lange Zeit bereits fest in den Händen. Das gilt nicht nur, aber vor allem auch für den wissenschaftlichen Nachwuchs. Die Gesellschaft, könnte man sagen, hat den jüngeren Altersklassen einen eigentümlichen Stempel im Generationen-Schicksal aufgedrückt. Der soziale Konfliktstoff ist ebenso angelegt wie die der jüngsten Generation biographisch düster erscheinende Zukunft.

Vor zehn Jahren ist von dem damals ausscheidenden Rektor der Universität Mannheim nachdrücklich davor gewarnt worden, nicht die Quellen der Bildung aufzuboahren, ohne gleichzeitig dafür zu sorgen, daß der Strom ein Bett fände – um Knut Borchardt zu zitieren.

Es war nicht die einzige Warnung, offenbar aber so vergeblich wie viele andere. Zudem ist es nicht gerade ein Zeichen großer politischer Umsicht, wenn der Schwarze Peter heute den Universitäten zugeschoben werden soll. Das haben allenfalls unsere

Bildungspolitiker zu verantworten. Die Universitäten haben keinen Einfluß auf ihre Ressourcen, sie bestimmen nicht die Zahl der Auszubildenden, noch bewerkstelligen sie die Veränderung der Berufschancen. Allenfalls können sie durch die Güte der Ausbildung die berufliche Elastizität ihrer Studenten erhöhen oder vermindern. Aber genau das, diese Güte, wird infrage gestellt.

Notwendige Ausdifferenzierung der Bildung

Keine Lösung des Problems wird auch angeboten, wenn heute lediglich gefordert wird, den Numerus clausus aufzuheben. Der amüsante Streit, wem das Erstgeburtsrecht dafür zustehe, Bundeskanzler Schmidt oder Kultusminister Maier, und wem infolgedessen auch eher das Vertrauen der Wähler zukomme, könnte leicht entschieden werden: nämlich der Westdeutschen Rektorenkonferenz des Jahres 1968. Diese warnte damals vor der großen Belastung, die ein Numerus clausus mit sich bringen würde. Im Unterschied zu den Forderungen des Jahres 1976 nannte sie aber bereits die Bedingungen, unter denen ein Numerus clausus vermieden werden könnte: durch eine sinnvolle Ausgestaltung und Ausdifferenzierung der Ausbildungsgänge. (An solchen Beispielen wird deutlich, daß die Struktur der bildungspolitischen Willensbildung zu überdenken ist.)

Heute muß diese sinnvolle Ausgestaltung unter erheblich erschwerten Bedingungen geleistet werden. Daß diese Aufgabe jedoch kaum zu bewältigen ist, wenn nicht zunächst die Lehrkapazität der Universitäten erweitert wird, ist offenkundig. Die Vorstellung, Universitäten seien eine Art Schlauch, durch den man beliebig viel pumpen könne, ist gewiß abwegig.

Der Landtag in Stuttgart und die Landesregierung haben hierzu andere Vorstellungen. Im Sommer d. J. gingen den Universitäten über das Kultusministerium z. B. fünf Fragen zu, die bis Mitte November 1976 beantwortet sein sollen: Wie man weitere Stel-

len einsparen kann – und gemeint ist, v. a. wissenschaftliches Lehrpersonal, die Verwaltungen sollen ausdrücklich geschont werden –, welche Ausbildungsgänge reduziert werden könnten, welche ganz aufgehoben, welche Verlagerungen als möglich angesehen würden, und schließlich, wo Erweiterungen nötig seien.

Nun, die Universität Mannheim hat seit Sommer 1976 an dieser Antwort gearbeitet. Sie wird allerdings etwas anders aussehen als der Katalog, der hier vom Landtag aufgestellt und vom Kultusministerium weitergeleitet worden ist. Im einzelnen sind die Fragen des Landtags auch nicht so wesentlich wie die gesamte politische Einstellung, die hier zum Ausdruck kommt: Schrumpfung und nochmals Schrumpfung, und das in einer Zeit, in der mit Sicherheit eine neue Welle von Studenten anrollt, und in der zumindest – wenngleich auf Zeit – *zusätzliches* Lehrpersonal, nicht weniger, gebraucht würde.

Bei allem Respekt vor den finanziellen Problemen des Landes und der Notwendigkeit von Rationalisierungen – auf diese Weise, wie es bislang der Landtag sieht, können die Probleme nicht gelöst werden, und auch nicht die Frage, wie fehlgeleitete kulturpolitische Entscheidungen der sechziger Jahre heute korrigiert werden können.

Es geht einfach nicht weiter an, daß jetzt dieser Vorschlag eines Politikers realisiert wird, morgen jener, oft ein gegenteiliger. Solche Ideosynkrasien sind einfach unangemessen. Was man braucht, ist eine kontinuierliche Politik, und man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, daß der Kultusminister unseres Landes weder im Kabinett noch in der Mehrheitsfraktion des Landtags jene Unterstützung erfährt, die einer Kontinuität entsprechen würde.

Es ist recht eindrucksvoll, wie gleichartig die Probleme in verschiedenen Ländern liegen, es zeigt sich etwa in den Analysen, die von Stephan Kortesz von Notre Dame University für viele Länder vorgelegt worden sind. Eine Re-Strukturierung der Uni-

rsität ist sicher nötig. Solche Fragen bedürfen
er keiner kurzatmigen ad-hoc-Lösungen, sondern
üssen differenziert beantwortet werden:

Die Doppelaufgabe der Bildungspolitik

So wird man den latenten Dualismus der heutigen
niversitäten zwischen Berufsausbildung und wis-
nschaftlicher Bildung offenlegen müssen. Die
oppelaufgabe: qualifizierte Berufsausbildung und
gleich Vorsorge für den wissenschaftlichen Fort-
schritt verlangt danach, ein Graduierten-Studium
ntlich von der Berufsausbildung zu trennen und
gleich deutlich zu machen, mit dem Erwerb eines
amens seien nicht auch bereits festgeschriebene
ruffliche Karrieren und die entsprechenden Ein-
nmen verbunden.

Nach dem Hochschulgesetz von 1973 mußten fast
le Prüfungs- und Studienordnungen geändert wer-
n. Prüfungsordnungen, die zuvor auf vier bis fünf
iten gefaßt waren, sind auf zehn bis 15 Seiten
gewachsen. Sogenannte Modell-Studienpläne um-
ssen über 50 Seiten. Der Zug zur enumerativen
eglementierung hat zugleich eine größere Inflexibi-
ät geschaffen. Universitäten haben jedoch junge
enschen auf Berufe in der Zukunft vorzubereiten
id nicht nach den Erfahrungen der Vergangenheit.
as verlangt nach Flexibilität.

Daß zu lange studiert worden sei, gilt für Ausnah-
en; diese sind zumeist biographisch verständlich.
r übrigen ist diese Vorstellung empirisch falsch.
ne Dokumentation dazu ist in Vorbereitung.

Die stille oder offene Umwandlung der Universitä-
n in reine Lehranstalten wirft notwendigerweise
e Frage nach dem Verbleib der wissenschaftlichen
eiterentwicklung auf. Man geniert sich, sagen zu
üssen, daß sich Wissenschaft nicht so planen läßt,
e die Produktion von Autos z. B. (und da soll
ja auch zu Fehlplanungen kommen).

Was die Belastung des Lehrpersonals angeht, so
gab sich in einer von mir selber geleiteten Untersu-

chung vor fünf Jahren bei 12 Disziplinen an 30
Universitäten bereits eine Arbeitsbelastung von ma-
ximal 120 Std. pro Woche für Professoren. For-
schung nahm dabei nur noch den geringsten Teil
ein, den größten Teil aber das, was man „Verwal-
tung“ nennt. Das ist heute nicht weniger, sondern
mehr geworden. Im Vergleich zu 1967/68 – uns sind
ja Erfahrungen zugänglich – scheint sich die Vermeh-
rung des Stuttgarter Verwaltungs-Personals zu ei-
nem Multiplikator-Effekt an Beschäftigung mit Er-
lassen ausgeweitet zu haben. Bislang ist aus der
Universitäts-Reform vor allem eine stärkere Büro-
kratisierung hervorgegangen.

Reglementierung statt Ordnungspolitik

Es ist kein Status-Problem, sondern eine eminent
praktische Frage, ob wir es uns leisten können, daß
eine ganze Generation von Wissenschaftlern auf
Veranlassung des Landtags am bürokratischen Gän-
gelband geführt, mit der Ausarbeitung sich immer
überrollender Pläne wochenlang beschäftigt und zu
einem Punkt der Resignation geführt wird, in der
der „kontrollierte Regelverstoß“, wie es unlängst
ein Kollege formulierte, als eine Notwehr-Aktion
erscheint. Die enthusiastische Bereitschaft, mit der
sich die Mitglieder der Universitäten, v. a. der
Lehrkörper, in den vergangenen Jahren der Um-
strukturierung der Universitäten angenommen ha-
ben, darf unter den gegenwärtigen Bedingungen je-
denfalls nicht mehr erwartet werden. Auch hier gilt
das Gesetz vom abnehmenden Ertragszuwachs.

Außerdem läßt sich der Eindruck nicht vermeiden,
daß die Rechtsaufsicht sich zunehmend in eine in-
haltliche Fachaufsicht verwandelt, in eine Art „säki-
larisierten Kirchengewalt“. Bei allem Respekt vor
der Arbeit der Ministerial-Verwaltung und auch al-
ler Anerkennung der Puffer-Funktion zwischen
Landtag und Universitäten, für inhaltliche Auf-
gaben der Universitäten sind die Beamten der Ver-
waltung nicht ausgesucht worden.

Um nicht mißverstanden zu werden: das ist nicht
ein persönliches Problem, sondern ein strukturelles.
Mit den sich häufenden Reglementierungen hat der
Landtag der Regierungsmaschinerie Aufgaben zuge-
wiesen, die nur zu einer Überlastung dieser Maschinerie
und damit zu neuen Spannungen führen müssen.

Reglementierungen jedenfalls, wie sie diesem oder
jenem Landtagsabgeordneten vorschweben mögen,
verdienen nicht den Namen einer Ordnungspolitik.
Der „Schwarze Markt“ von 1948 wurde nicht durch
weitere Verwaltungsbehörden, sondern durch Wirt-
schaftspolitik überwunden. Eine Ordnungspolitik
auf dem Sektor der Bildung wird die Ziele und
Kriterien erarbeiten müssen, nach denen dann in
autonomer und in differenzierter Weise gehandelt
werden kann.

Schiefe Prioritäten der Forschungsförderung

Die fast ausschließliche Beschäftigung mit den
Problemen der Ausbildung bringt die Tendenz mit
sich, Universitäten als reine Lehranstalten zu verste-
hen. Die Kapazitätsverordnung, nach der die Auf-
nahmefähigkeit bemessen werden soll, hat für andere
als Lehr-Aufgaben keinen Platz. Wenden wir uns
deshalb auch den Forschungsproblemen zu.

Vorweg dazu eine Bemerkung: Nach Rudolf
Goldscheidt ist die Ausgabenstruktur eines Haus-
halts der mathematische Ausdruck für die Aufgaben,
die man sich setzt. Beginnen wir also mit den For-
schungsbudgets:

Die Sachtitel der Universitätshaushalte tragen die
Überschrift: „Für Forschung und Lehre“. Sie sind
z. Z. so bemessen, daß damit der notwendigste Be-
darf für Lehraufgaben allein gedeckt werden kann.
Außerdem wurden die Titel seit Jahren nicht erhöht,
sondern seit letztem Jahr beträchtlich gekürzt. Wenn
die Universität Mannheim mit rund 6500 DM pro
Student auskommt – alles eingerechnet, auch die
Personalkosten –, so nicht zuletzt wegen des auf
ein Minimum gesetzten Sachetats.

Gewiß, Forschung war dabei ebenfalls möglich.
Niemand wurde gehindert, nachzudenken und Bü-
cher zu schreiben. Die Förderung junger Kultur-,
Wirtschafts- und Sozialwissenschaftler kann auch
so geschehen, wie der jetzige Präsident des DFG
uns gegenüber vorschlug: Man gebe einem jungen
Mann 10000,- Mark für ein Jahr. Damit soll er
ein Buch schreiben. Wenn das Buch gut ist, kann
er wiederum 10000,- DM bekommen.

Die apparative Ausstattung, die die Natur-, Inge-
nieur- und biomedizinischen Wissenschaften benöti-
gen (manchmal auch nötig zu haben glauben),
braucht Mannheims Universität wegen der Konfigu-
ration der hier vertretenen Disziplinen nicht. Es
wäre aber ein grundlegender und gefährlicher Irrtum
anzunehmen, daß notwendige Untersuchungen in
den hier vertretenen Disziplinen nicht erheblicher
Sachmittel bedürfen.

Falls unmittelbare Interessen angesprochen wer-
den, wie etwa die Interessen der Parteien in Wahlzei-
ten, stehen dafür – um ein Beispiel zu erwähnen
– plötzliche Millionen im außeruniversitären Bereich
zur Verfügung, während die Grundlagenforschung
an Universitäten mit einem Antrag in dieser Höhe
größte Mühe hätte, bei Forschungsförderungs-
Organisationen anzukommen.

Die Forschung an der Mannheimer Universität
– und das gilt für alle hier vertretenen Disziplinen
in der Bundesrepublik – ist im wesentlichen auf
die Drittmittel der DFG angewiesen, in einem
kleineren Umfang auch auf die VW-Stiftung, wenn-
gleich man dankbar anerkennen muß, daß private
Stiftungen im Raum bei diesem oder jenem Projekt
oft wesentliche Hilfen erbracht haben.

Die DFG verfügt über ein Budget von rund 600
Mill. DM, die VW-Stiftung über ein Budget von
knapp 90 Mill. DM für Forschungsförderung. Aus
den Mitteln der DFG werden mit rund 200 Mill.
DM sogenannte Sonderforschungsbereiche finan-
ziert. Das sind langfristig finanzierte Forschungs-

ams, die einer strengen Überwachung unterliegen. Sie sind aber im verlangten Stil der Forschung eher auf die Naturwissenschaften oder die Technik zugeschnitten, erst in zweiter Linie auf die Bio-Wissenschaften und in dritter Linie auf die Kultur-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften. Von den letzteren sind in den vergangenen Jahren nur wenige übriggeblieben, und nicht nur, weil die wissenschaftliche Leistung zu gering war, sondern weil die Beurteilungs- und Arbeitskriterien eher den Natur- als den Geisteswissenschaften entstammen.

Bei der Vergabe der DFG-Mittel für Sonderforschungsbereiche gehen über 90% in die nichtkulturwissenschaftlichen Bereiche, bei der Vergabe des normalen DFG-Haushalts etwa 80%, so daß im Durchschnitt etwa 85% der DFG-Mittel von den nicht-kulturwissenschaftlichen Disziplinen ausgegeben werden. Nimmt man die VW-Mittel hinzu, so kommt man auf einen Betrag von nicht ganz 100 Mill. DM, der allen Kultur-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften für eine an den Universitäten angesiedelte Forschung in der Bundesrepublik zur Verfügung steht.

Zu betonen ist dabei, daß die Vergabe aller dieser Mittel einem wissenschaftlichen Gutachter-Verfahren unterliegt, nicht einem letztlich administrativen oder politisch definierten. Selbstkontrolle der Wissenschaft wird so auf eine sachgerechte Verfahrensweise angestrebt.

Bürokratische Forschungskontrolle

Halten wir nun dagegen die staatlichen Ausgaben für Forschung außerhalb der Hochschule: Der Fünfte Forschungsbericht der Bundesregierung gibt dazu folgende Aufschlüsse: Großforschungseinrichtungen, d. h. vor allem naturwissenschaftlicher Art – die Max-Planck-Institute und die Fraunhofer-Gesellschaft und was als „Sonstige Forschungseinrichtungen“ bezeichnet wird –, haben 1974 rund 2,4 Milliarden DM erhalten. Damit werden diese Ein-

richtungen insgesamt unterhalten, anders gesagt: ihre gesamte Forschungs- und Infrastruktur. Die Ausgaben für Kultur-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften in dieser Summe betragen 220 Millionen. Die vergleichbaren Ausgaben für Forschung innerhalb und außerhalb der Universitäten verhalten sich wie 1:6 – und wir sind sicher, daß in den Ausgaben außerhalb vieles gar nicht enthalten sein kann, was in den Titeln des Bundeshaushalts unter anderem Namen erscheint.

Die Ausgaben für Kulturwissenschaften verhalten sich zu denen für Naturwissenschaften durchweg, innerhalb oder außerhalb der Universitäten, wie 1:9. Dabei sind bei den Universitäten auch die Sachtitel einbezogen, die zwar für „Forschung und Lehre“ bezeichnet werden, aber der Lehre dienen.

Auf der Basis 1973 – anderes steht noch nicht zur Verfügung – kostete das gesamte Hochschulwesen 12,1 Milliarden DM, davon kamen 2,5 Milliarden DM vom Bund. Die Forschung außerhalb der Hochschulen insgesamt – Verteidigung mit 1,37 Milliarden eingerechnet – kostete rund 7 Milliarden DM; davon kamen 5,84 Milliarden DM vom Bund und 1,0 Milliarden DM von den Ländern.

Bei aller Kürze der Darstellung läßt sich aus dieser Ausgabenstruktur folgende Aufgabenstruktur ablesen:

1. Das Schwergewicht der Forschungsfinanzierung liegt weit außerhalb der Universitäten, ohne industrielle Forschung eingerechnet. Die Vergabe dieser Mittel geschieht – von der Max-Planck-Gesellschaft abgesehen – im wesentlichen unter administrativen-politischen Kriterien, auch wenn sich viele Ministerien „Forschungsbeiräte“ zugelegt haben, und die Kunst dort nach Brot geht.

2. Bei der Verteilung der Mittel liegt das Schwergewicht eindeutig bei den Natur- und biomedizinischen Wissenschaften sowie der Technik. Sie verfügen

die Max-Planck-Gesellschaft eingeschlossen, über eine solide Infrastruktur. Der Reichtum kommt von der Reichtum, die Armut von der Pauperität.

3. Forschung wird vor allem vom Bund finanziert, nicht von den Ländern, denen die Universitäten zugeordnet sind.

Die Proportionierung des Königsteiners Abkommens, 50 Prozent Bund, 50 Prozent Länder als Richtzahl, hat sich als ein wesentliches Element des Ungleichgewichts erwiesen, weil der Bund v. a. in den letzten sieben Jahren mehr und mehr dazu übergegangen ist, Forschung schließlich ohne die Länder direkt zu finanzieren. Die mangelnde Finanzkraft oder auch Bereitschaft der Länder hat sich bei der DFG insbesondere zu einer Bremse der Forschungsförderung erwiesen, die in der Selbstverwaltung der Wissenschaft betrieben wird.

Wie sich diese Struktur im Alltag der Forschungsförderung bemerkbar macht, läßt sich an vielen Beispielen demonstrieren. Gewiß, wissenschaftliche Forschung ist nicht notwendigerweise an die Universitäten gebunden. Private, gemeinnützige Forschungseinrichtungen haben in anderen Ländern viel zum Erkenntnisfortschritt beigetragen. Dem Malthusianismus von Dennis Meadows, um ein weitreichendes Beispiel zu erwirken, ist v. a. vom Hudson Institut, einer privaten Einrichtung Herman Kahns, begegnet worden.

Ob aber

1. die Forschung und die Forschungseinrichtungen mehr und mehr aus den Universitäten auswandern,

2. qualifizierte junge Wissenschaftler sich zunehmend außerhalb der Hochschulen – auch und vor allem im kommerziellen Bereich – ansiedeln, weil sie dort bessere Arbeitsbedingungen finden,

3. eine bundesadministrative Forschungslenkung qualitativ bessere Ergebnisse liefert als eine gutachterliche Überprüfung,

4. die Orientierung an der Zweckforschung allein bei dieser Art Forschung überwiegt,

5. die Unterentwicklung der Kultur- und Sozialwissenschaften weiterhin tragbar ist.

Das ist gewiß eines der gravierendsten Probleme unserer Tage.

Strukturmängel der Willensbildung

Es wäre gewiß zu einfach, diese Diskrepanzen und Konflikte auf eine Ursache allein zurückführen zu wollen. Eine Tendenz zur Forschungs-Lenkung läßt sich indessen nicht übersehen.

Man kann auch verschiedenartige Schlüsse daraus ziehen:

1. Universitäre Forschung ist in der Willensbildung bei der haushaltsmäßigen Vergabe von Mitteln institutionell wenig eingebunden. Die DFG als wesentlicher Träger universitärer Forschung – sie ist sozusagen noch immer eine Notgemeinschaft – ist bei ihrem Budget von einem Spiel der Kräfte abhängig, auf das sie wenig Einfluß hat.

2. Die Unterentwicklung der Kultur-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften ergibt sich zu einem großen Teil aus dem Mangel, wenn nicht dem Fehlen einer angemessenen Infrastruktur. Bislang haben die Universitäten eine solche Infrastruktur geboten. Diese ist aber bei der Umwandlung der Universität in eine Anstalt der Massen-Ausbildung erheblich geschrumpft, wenn nicht verloren gegangen. Bemühungen, sie in Verbindung mit den Universitäten, also anders als bei der Max-Planck-Gesellschaft,

er aufzubauen, sind im Sande verlaufen –, sogar blockt worden.

Wenn im Hinblick auf zukünftige gesellschaftliche Aufgaben Berufsausbildung flexibel bleiben und nicht bürokratisch – inhaltlich fixiert werden soll, ist die Forschung unmittelbar mit der Lehre verbunden werden können, eine Forschungs-Infrastruktur an den Universitäten erhalten bleiben oder neu schaffen werden.

Die Diskrepanz zwischen der Forschungsfinanzierung durch den Bund und den Ländern ist ein weiteres starkes Indiz dafür, daß wir eine Art konzertierte Aktion in der Bildungspolitik brauchen, an der auch die Betroffenen selber beteiligt sind – aber nicht in Verantwortung genommen werden können. Die Bildungspolitik als symbolhafte Politik oder mit Statistiken ist wenig gefragt. Das Wirrwarr der Institutionen, die kaum miteinander verantwortlich verbunden sind, ist ein entscheidendes Hindernis, die tausenderlei Einzelvorschläge tragfähige Konzepte zu entwickeln. Wenn die Wirtschaftspolitik nach 1948 nicht – bei allen Konflikten – institutionell strukturiert worden wäre, hätte die Bundesrepublik kaum eine solche Entwicklung nehmen können, die sie genommen hat.

Ein letztes: Die Universität gestattet als Institution einen verantwortlichen Freiheitsraum, wie kaum eine andere Institution unserer Gesellschaft. Sie muß aus dieser Freiheit heraus fähig sein, die geistigen Spannungen unserer Zeit in sich austragen zu können. Man sollte in der Tat nicht Gefahr für den Staat wittern, wenn sie auf eine wissenschaftliche Weise die Spannungen der Gesellschaft austrägt.

Die Atmosphäre des Mißtrauens, die sich in den letzten Jahren zwischen Öffentlichkeit und Universität, insbesondere aber zwischen Landtag und den Universitäten des Landes breit gemacht hat, steht gewiß einer in die Zukunft weisenden Bildungspolitik entgegen. Es wäre genauso, als ob man das Parteiwesen in Frage stellen müßte, wenn man an Auswüchsen in unseren Parteien Kritik übt.

Bei den Sachproblemen der Ausbildung wird über Generationen entschieden, nicht bloß über statistische Zahlen.

In der Frage der Forschung, d. h. dem Erkenntnisfortschritt werden auch die Entwicklungschancen der Gesellschaft definiert.

Gründe genug, die Emotionen zu zügeln und in der Bildungspolitik v. a. in diesem Lande jene Weitsicht wieder zu gewinnen, die sie den Traditionen dieses Landes dem Vernehmen nach eigentlich haben müßte.

Manfred Schlenke

Wer als Vorsitzender des Ortsausschusses zur Vorbereitung des 31. Deutschen Historikertages an Planung und Durchführung des Mannheimer Historikertages mitbeteiligt war, greift nur zögernd zur Feder, um Bilanz zu ziehen. Einerseits ist er im Hinblick auf die organisatorische Abwicklung des Kongresses natürlich Partei. Andererseits aber konnten gerade durch diese Tätigkeit Einblicke gewonnen werden, die sich einem Außenstehenden nur schwer erschließen. So sei denn unter Zurückstellung vorhandener Bedenken der Versuch unternommen, Positiva und Negativa gegeneinander abzuwägen und dabei zugleich einige Anregungen für die Gestaltung künftiger Historikertage zu vermitteln.

Die Geschichtswissenschaften sind in Mannheim nicht erst mit der Ausweitung der Wirtschaftshochschule zur Universität Mitte der sechziger Jahre heimisch geworden. Vielmehr hat bereits die 1763 gegründete Kurpfälzische Akademie der Wissenschaften wie keine andere deutsche Akademie – München ausgenommen – die Geschichte in den Mittelpunkt ihrer Arbeit gestellt und bedeutsame

Pressekonferenz während des Historiker-Kongresses: Professor Manfred Schlenke, Vorsitzender des Ortsausschusses zur Vorbereitung des Historikertages (rechts), Professor Werner Conze, bis zum Mannheimer Kongreß Vorsitzender des Verbandes der Historiker Deutschlands (Mitte), und Siegfried Graßmann, Vorsitzender des Verbandes der Geschichtslehrer Deutschlands.



Rückschau und Ausblick

Der 31. Deutsche Historikertag in Mannheim

Beiträge zur methodischen Begründung der Geschichtswissenschaft im späten 18. Jahrhundert geleistet. Sodann standen zwei Historiker bei der Gründung der Mannheimer Handelshochschule (1907) und ihrer Wiederbegründung als Staatliche Wirtschaftshochschule (1946) Pate und nahmen Lehraufträge an der Mannheimer Hochschule wahr: Mit seinen drei Denkschriften von 1904, 1905 und 1906 kann der Heidelberger Nationalökonom und Historiker Eberhard Gothein als der eigentliche Gründer der Handelshochschule gelten. Der in Mannheim gebürtige, zunächst in Karlsruhe und nach dem Zweiten Weltkrieg in München lehrende Historiker Franz Schnabel war als Landesdirektor für Kultus und Unterricht verantwortlich für die Wiederbegründung der Mannheimer Handelshochschule als Staatlicher Wirtschaftshochschule im Jahre 1946. Neben seinen hervorragenden Tagungsstätten (Kongreßzentrum Rosengarten und Schloß) bot Mannheim somit auch auf dem Gebiet der Geschichtswissenschaften selbst in die Vergangenheit zurückweisende Anknüpfungspunkte für die Veranstaltung des 31. Deutschen Historikertages.

Kein deutscher Historikertag nach 1945 hat sich so großen Zuspruchs erfreut wie der Mannheimer: 1256 Tagungsteilnehmer meldeten sich offiziell an; hinzu kamen täglich mehr als 100 Interessenten aus dem Ballungsraum Mannheim-Ludwigshafen-Heidelberg. Ausländische Teilnehmer reisten aus Dänemark, Großbritannien, Italien, Frankreich, Luxemburg, Österreich, Schweiz, Niederlande, Rumänien, Kanada und den USA an.

Zum ersten Mal in der Geschichte der deutschen Historikertage sprach ein deutsches Staatsoberhaupt zur Eröffnung des Kongresses und verhalf damit der Mannheimer Tagung zu einer weit über die Landesgrenzen hinausreichenden Publizität. Sie fand ihren Niederschlag nicht nur in einem äußerst lebhaften Presseecho, sondern auch in der Berichterstattung von Rundfunk und Fernsehen. Zum ersten